

„fast von einem Huf des Pferdes am Kopf getroffen worden sei, habe sich „hysterisch hinfallen lassen“ und geschrien, sagte Weinspach am Montag. Den Bericht der „Huffington Post“ wies Weinspach

tet. Den Angaben ist schon aus Rechtsgründen zu trauen, ohne dass diese Auskünfte noch durch Drittquellen zu verifizieren sind. Dieses Vertrauen ist in der gesetzlichen Verpflichtung zur wahrheits-

spruch der Presse ordnungsgemäß nach. Zu diesen Behörden zählt auch das Aachener Polizeipräsidium.

Weinspach hätte sich am Montag noch nicht zu dem Vorfall mit

öffentlich in dieser Zeitung einen Artikel über den Einsatz im Tagebau Hambach, in dem die Glaubwürdigkeit des Artikels der Internetzeitung deutlich infrage gestellt wurde. Es bestand zu diesem Zeit-

des Aktionsbündnisses ablenken solle: den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle zu erreichen.

**i** Das Video im Netz: <https://tinyurl.com/yb93jb5d>

# Der Rechtsausschuss erfährt „naheliegende“ Beispiele

Das Gremium tagt in Aachen und ein Experte referiert über die Probleme der Grenzregion. Nachbarn sind sauer über Pkw-Maut.

VON CHRISTOPH PAULI

**Aachen.** Früher saßen hier die Angeklagten, aber nach vielen Jahrzehnten und Urteilen hatte der alte Schwurgerichtssaal dann ausgedient. Der renovierte Raum wird nur noch bei besonderen Anlässen aufgeschlossen.

Gestern war so ein Tag, weil sich der Rechtsausschuss des Landtags sich im Aachener Justizzentrum verabredet hatte. Parallel fand dort der „Internationale Tag der Justiz“ statt. Aber der Ausschussvorsitzende Werner Pfeil hatte noch ein anderes Interesse. Der FDP-Abgeordnete aus der Städteregion Aachen wollte seinen Kollegen aus fünf Fraktionen die Probleme einer

Grenzregion im Wortsinn „näherbringen“.

Und so referierte ein Praktiker vor den Politikern. Martin Unfried arbeitet für das „Institute for Transnational and Euregional Cross border and Mobility“ in Maastricht. Unfried ist dort Projektleiter für die „Gesetzesfolgenabschätzung“, wann immer sich Paragraphen auf die Grenzregionen auswirken. Vor drei Jahren wurde das Institut gegründet, seitdem melden sich die Wissenschaftler zu Wort, wenn ein Gesetz klemmt. „Wir schauen, ob es am Gesetz, an der Bürokratie oder an der Umsetzung liegt“, sagt Unfried. Dabei versuchen sich die Forscher an unterschiedlichen Blickwinkeln, um zu

verstehen, wie sich nationale Gesetzgebung im Nachbarland auswirkt. „Wir ermitteln zum Beispiel die Auswirkungen, wenn die niederländische Regierung die Mehrwertsteuer bei einigen Lebensmittelprodukten erhöht.“

Das Institut recherchiert selbst Fälle, andere Probleme werden an die Wissenschaftler herangetragen. Bevorzugt gehe es da in Belgien und den Niederlanden um die geplante Einführung der deutschen Maut, sagt Unfried. Bei dem Thema schwillt vielen Nachbarn der Kamm. Bei einer kleinen Umfrage unter 500 Autofahrern sei der Tenor eindeutig gewesen: Mehrheitlich wolle man die benötigte Vignette nicht kaufen.

Vielmehr müssten sich viele ländliche Regionen darauf einstellen, dass der Verkehr sich neue Wege suche. „Für die gewollte europäische oder euregionale Integration ist das sicher kein gutes Projekt“, sagt Unfried und fügt hinzu: „Viele Belgier und Niederländer sind sauer, weil in der Grenzregion so neue Grenzen gezogen werden.“

In vielen Bereichen nähern sich die Länder nicht an, eher im Gegenteil, sagt der Experte. Beim Steuerrecht, bei der Anerkennung von Abschlüssen oder auch beim grenzüberschreitenden ÖPNV entwickeln die Staaten zunehmend eigene komplexe System, die kaum noch kompatibel sind.

An „naheliegenden“ Beispielen mangelt es jedenfalls nicht. Unfried hat den Mitgliedern des Rechtsausschusses ein kleines Geschenk dagelassen: Ein bunter Katalog listet 127 sehr konkrete Pro-

blemfälle auf, die das Institut zusammengetragen hat. Viele davon berühren die Bundesgesetzgebung, andere dagegen sind fast ultimative Aufforderungen an die Landespolitiker.

## KURZ GEFRAGT

### Warum ist es kompliziert?



► WERNER PFEIL

Vorsitzender des Rechtsausschusses im Landtag

Warum kommt das Gremium in der alten Kaiserstadt zusammen?

**Pfeil:** Wir wollen damit als Rechtsausschuss von NRW ein deutliches Zeichen für die Wichtigkeit der Europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft setzen. Und das können wir am Europäischen Tag der Justiz in Aachen besonders gut. Außerdem können so alle Ausschussmitglieder die Probleme, aber auch die Chancen einer Grenzregion vor Ort kennenlernen. Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP ist die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vereinbart und dass das Thema „Europa“ eine

Querschnittsaufgabe sämtlicher Ministerien und Politikfelder sein soll. Folgerichtig hat die Koalition am Donnerstag einen ersten Antrag beschlossen, damit das Plenum die Rechtslage zum Besuch von internationalen Schulen beraten soll.

Was steht neben der freien Schuwahl auf der Agenda?

**Pfeil:** Eine andere Frage ist: Warum ist es noch so kompliziert, die unterschiedlichen Abschlüsse zum Beispiel im Erzieherbereich länderübergreifend anzuerkennen? Oder wie kann man die Kooperation von Hochschulen, die nur punktuell funktioniert, weiter verbessern? Oder: warum haben in den Niederlanden lebende Eltern keinen Anspruch auf einen Kita-Platz in Deutschland, wenn sie hier in Deutschland arbeiten und Steuern zahlen? Es gibt unzählige solcher Beispiele. (pa)



Seltener Tagungsort: Der Rechtsausschuss trifft sich im alten Schwurgerichtssaal im Aachener Justizzentrum. Fotos: Andreas Herrmann